

Gänge sein, so daß bald eine Kollektivklärung der deutschen Regierungen zu erwarten ist. — Der Zustand Berlins ist fast so, wie er im Jahre 1840 war zur Zeit vom alten König. Ueberall ruhig, gar keine Excesse. Dabei sind die Berliner bei dem schönen Wetter so auf den Beinen, als wenn sie nach langer Entbehrung sich mal etwas zu Gute thun wollten. Wer ruhig und ungestört leben will, muß nach Berlin kommen; es strömen jetzt alle, die früher die Stadt verlassen hatten, hierher zurück und kommen noch viele aus Dresden, Weimar u. h. n. z. u. so daß, weil auch der Adel aus Furcht nicht aus Land geht, augenblicklich hier ein ungeheurer Zusammenfluß von Menschen bemerkbar ist.

Berlin, 13. Mai. Ein Theil der bei Halle zusammengezogenen Division ist nach Westphalen beordert, um die dortigen Unruhen zu unterdrücken. Zwei Bataillone des 24. Regiments sind gestern hier durchgegangen und unsere Truppentheile, welche jetzt in und um Dresden sich befinden, sollen denselben Weg nach Münster und Hamm nehmen.

**** Frankfurt, 12. Mai.** In der heutigen Sitzung wurde der Abgeordnete Reh zum Präsidenten erwählt. Eine Anzahl Preußen und die Herren v. Bothmer aus Hannover, Hugo von Göttingen treten aus.

Eine als äußerst dringlich bezeichnete Adresse aus Nürnberg von dem Ausschusse der fränkischen Volksvereine an die Reichsversammlung wird verlesen. Unter der Erklärung unerschütterlicher Anhänglichkeit des Volkes von Franken an die Reichsverfassung wird zur Vermeidung drohender Zusammenstöße um Zufundung eines Reichscommissars gebeten, und werden die Herren Vogt, Raveaux, Simon von Trier in der Adresse dazu namhaft gemacht.

v. Reden gründet den Antrag darauf, daß das Reichsministerium zur sofortigen Absendung von Reichscommissaren nach Franken aufgefordert werde, die im Sinne des von der Reichsversammlung unterm 10. Mai gefaßten Beschlusses zu beauftragen sind. — Der Antrag wird angenommen.

Nach Verwerfung des Minoritätsantrags des Dreißigerausschusses wurde folgender Antrag von Bachhaus, dem die Majorität des Ausschusses sich angeschlossen hatte, angenommen.

„Die Reichsversammlung beschließt:

1) Die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands einschließlich der Landwehr und der Bürgerwehr ist zur Aufrechterhaltung der endgültig beschlossenen Verfassung feierlich zu verpflichten.

2) Die provisorische Centralgewalt wird aufgefordert, das demgemäß Erforderliche unverzüglich zu veranlassen, so weit in den einzelnen Staaten nicht sofort aus eigener Bewegung danach vorgeschritten wird.“

Gagern trat noch einmal auf, um die Versammlung zu bewegen, den angenommenen Redenschen Antrag (auf Absendung von Reichscommissarien) noch einmal in Berathung zu ziehen; da er jedoch keinen Antrag stellte, ging die Versammlung auf nichts ein.

Privatbriefen zufolge wäre dennoch Raveaux als Reichscommissar nach Offenbach ins badische Oberland — zu der für den 13. angesetzten badischen Landesvolksversammlung — abgesandt.

Frankfurt, 12. Mai. Man versichert, der Reichsverweser habe Herrn v. Blittersdorf zu einer Besprechung über die Bildung eines neuen Ministeriums zu sich eingeladen. Herr v. Hermann wird außerdem, wenn nicht als Candidat um eine Ministerstelle, doch als Bewerber um eine solche genannt. (Einem Privat Schreiben der K. Z. zufolge, würde der Kriegsminister Peucker an die Spitze des neuen Cabinets treten.)

Frankfurt, 12. Mai. In der Pfalz ist zwar Landau völlig in legitimer Hand; aber drei Compagnien des Militairs haben sich (außerhalb der Festung), mit Ausnahme einiger Offiziere, auf die Seite des Volkes gestellt. — Das hiesige Militär, mindestens das Oesterreichische, hat die schärfsten Befehle zum Einschreiten gegen etwaige Renitenz. Unsere Umgegend ist so gut, wie im Belagerungszustande; Waffentragen und Durchzüge von Turnern und dgl. strenge verboten.

Man spricht mit großer Bestimmtheit von der Bildung eines Reichsministeriums Blittersdorf, Heckscher, Peucker, Schmerling und Hermann. — Es soll hier eine neue Note aus Berlin eingetroffen sein, worin sich Preußen mit der Reichsverfassung, wie sie aus der ersten Lesung hervorgegangen ist, das Wahlgesetz vorbehalten, einverstanden erklärt.

Breslau, 11. Mai, Nachmittags 4 Uhr. Gestern und heut passirten russische Truppen durch Oberschlesien per Eisenbahn in folgender Stärke:

1) Vier Regimenter Infanterie à 65 Offiziere und 3200 Gemeine mit 78 Wagen, 29 Reitperden, 65 Trainperden, 28 Ochsen, 65 Pud Zwieback, 150 Pud Schweinefett, 112 Pud Grüge.

2) Vier Batterien, à 12 Geschütze mit 24 zweirädrigen Munitionswagen, einen Geldarren, 3 Reservelafetten, 1 Feldschmiede, à 6 Offizieren, 250 Gemeinen und 134 Pferden, mit 88 Pud Zwieback, 2 ein halb Pud Schweinefett, 22 Pud Grüge.

§ Brilon, 11. Mai. Vorgestern früh traf unser Abgeordneter zur 2. Kammer, Herr Justiz-Commissar Gierse, von Meßchede kommend, wo er in einer viel besuchten Volksversammlung sich über sein Wirken in der entschlafenen Abgeordneten-Versammlung ausgesprochen hatte, hier ein. Auch seinen Briloner Wählern wollte er Rechenschaft

über sein Thun und Lassen ablegen, allein wegen der Kürze der Zeit oder aus einem andern Grunde kam es zu keiner Volksversammlung, und Herr Gierse reiste ab, ohne geredet zu haben. Abends versammelten sich circa 100 Menschen vor dem Gasthose, wo der Herr Abgeordneter abgestiegen, verlangend, derselbe möge zu ihnen reden; ihrem Wunsche konnte natürlich nicht willfahrt werden, da Herr Gierse bereits abgereist war. Bei dieser Gelegenheit fiel ein Spaß vor, welcher leicht traurige Folgen hätte nach sich ziehen können. Ein Herr, welcher sich im Gasthose befand, wollte nämlich denselben verlassen. Kaum hatte er den Fuß auf die Schwelle gesetzt, als ein Innenstehender rief: „Da ist Herr Gierse, er wird eine Rede halten!“ Aus allen Reihlen ertönte hierauf ein Hurrah! Der erwähnte Herr wurde hierdurch so erschreckt, daß er in eiliger Flucht die Straße hinauslief; das ganze Volk folgte ihm, und wiederholte Hurrah's erschollen. Wie ich höre, wurde der Gejagte erst durch einige Genö'd'armen, welche zufällig hinzukamen, vom Volke befreit, welches ihn nicht loslassen wollte, wenn er nicht zuvor eine Rede halte.

Um auf Herrn Gierse zurückzukommen, so wurde bedauert, daß die Umstände es nicht gestatteten, uns über den Verlauf der Dinge in Berlin Aufklärung zu geben. Sein Antrag auf ausgedehntere Amnestie betraf auch unsere Stadt; hierfür ist ihm der Dank der Briloner gewiß. —

So eben verbreitet sich das Gerücht, in Tserlohn seien ernstliche Unruhen vorgefallen, es heißt: Das Zeughaus sei von der Landwehr, welche nicht marschiren wolle, erstürmt, die Stadt verbarrikadirt u. s. w. Die Zeitungen von Köln sind heute hier nicht eingetroffen, man glaubt, weil bei Elberfeld die Schienen aufgerissen sein.

Kassel, 12. Mai. Im Laufe des gestrigen Tages kamen auf Anregung der Städte Hanau und Marburg aus all den bedeutendsten Orten Kurheßens Deputationen hier an, um von den Ministern energische Schritte zur Erhaltung und Vertheidigung der Reichsverfassung zu fordern. Gegen Abend vereinigte sich diese Deputation unter dem Präsidium Bayrhoffer's zu einer gemeinschaftlichen Berathung, welcher eine Adresse der Hanauer zu Grunde gelegt ward. — Folgende Städte Kurheßens waren — meist nicht bloß durch Repräsentanten des Stadtraths und Bürgerausschusses, sondern auch aller politischen Vereine — vertreten: Kassel, Hanau, Marburg, Fulda, Hersfeld, Rotenburg, Melsungen, Gelnhausen, Salmünster, Steinau, Schlüchtern, Wetter, Amöneburg, Frankenberg, Raufenberg, Freysa, Frizlar, Beckerhagen. — Die wichtigsten Punkte aber, welche vom Ministerium zu verlangen nach lebhafter Debatte beschlossen wurde, sind diese:

1) (Einstimmig): Daß das gesammte kurheßische Volk sofort auf die Reichsverfassung beeidigt werde, insbesondere das Militär und die Beamten. Der Kurfürst soll die eidliche Angelobung in die Hände des Staatsministeriums und des permanenten ständischen Ausschusses niederlegen.

2) Daß die Reichsverfassung mit allen Mitteln geschützt, insbesondere allen Truppen derjenigen deutschen Staaten, welche die Reichsverfassung nicht anerkannt haben, der Durchzug verweigert, im äußersten Falle ihnen activer Widerstand entgegengesetzt werde.

3) Daß die Regierung nicht bloß den Berliner Octroyirungs-Congress nicht bescheide, sondern auch durch ihren Gesandten bei der Centralgewalt dagegen öffentlich und nachdrücklich protestire.

4) Daß die kurheßische Regierung jeden diplomatischen Verkehr mit allen deutschen Regierungen, welche die Reichsverfassung nicht anerkannt haben, unverzüglich abbreche (eine sehr bedeutende Minorität verlangte statt dessen die Ausstellung der Pässe an den preußischen Gesandten) und den Telegraphen zwischen hier, Frankfurt und Berlin — nach Entfernung der preußischen bei ihm angestellten Beamten — unter Staatsflagge lege.

Minteln, 14. Mai. Einem so eben an mich gelangten, glaubwürdigen Privat Schreiben aus Minden zufolge, wäre diese Festung seit den letzten Tagen, das Datum ist nicht angegeben, in Belagerungszustand erklärt worden. Die Kanonen am Thore, die das Terrain außerhalb der Festung beherrschten, seien auf die Stadt gerichtet worden, um allen Bestrebungen des Volkes und der volksthümlichen Partei, die dort so in der Majorität sei, daß sie $\frac{3}{4}$ der Bevölkerung ausmache, sofort eine nachdrückliche Lektion geben zu können. Die Gründe dieser Gewaltmaßregel mögen am Ende dieselben sein auf die hin der Belagerungszustand in Berlin fortdauert; der Brieffsteller sagt, er wage nicht die Gründe in ihrer Absurdität und Abgeschmacktheit hinzustellen, indem die Briefe, ehe sie aus der Festung gelassen wurden, aufgebrochen und der Censur passiren mußten.

Detmold, 12. Mai. Heute ist die Reichsverfassung von unserer Regierung als endgültig kund gemacht worden.

Dresden, 11. Mai. Diesen Morgen fand eine Dislocirung der in der Neustadt gefangen gehaltenen Personen statt. Gegen 60 derselben wurden aus den Militärgefängnissen hier selbst nach der Altstadt abgeführt, dagegen unter Andern der im Neustädter Rathhaus in Gewahrsam gehaltene Bürgermeister Tzschucke aus Meissen und der hiesige Advokat Krause in die Stadtkaserne gebracht. Der heute früh hier gefänglich eingebrachte Justizamtmann Heubner aus Freiberg ist